§ 8

Die im § 1 genannten staatlichen Organe übergeben die zurückerhaltenen Registrierbescheinigungen den Abteilungen Innere Angelegenheiten der Räte der Kreise, der Räte der Bezirke bzw. der Hauptabteilung Innere Angelegenheiten des Ministeriums des Innern.

§ 9

Der Inhalt und Umfang der Angaben für Anträge zur Erlangung der Zustimmung für Mitgliedschaften gemäß § 5 der Verordnung werden von den jeweils zuständigen zentralen staatlichen Organen bei der Antragstellung bestimmt.

§ 10

(1) Für die Registrierung von Vereinigungen werden nachstehende Verwaltungsgebühren erhoben:

- bei Vereinigungen, die auf Kreisebene tätig werden 50,—M
- bei Vereinigungen, deren Tätigkeit sich über mehrere Kreise eines Bezirkes erstreckt 100,—M
- bei Vereinigungen, deren Tätigkeit sich über mehrere Bezirke oder über das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik hinaus erstreckt, sowie bei Vereinigungen von internationaler Bedeutung 200,—M.

(2) Für die Registrierung von Veränderungen werden nachstehende Verwaltungsgebühren erhoben:

- bei Vereinigungen, die auf Kreisebene tätig werden 10,—M
- bei Vereinigungen, deren Tätigkeit sich über mehrere Kreise eines Bezirkes erstreckt 20,—M
- bei Vereinigungen, deren Tätigkeit sich über mehrere Bezirke oder über das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik hinaus erstreckt, sowie bei Vereinigungen von internationaler Bedeutung 30,—M.

§ 11

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 25. Januar 1968

Der Minister des Innern
und
Chef der Deutschen Volkspolizei
Dickel

**Anordnung
zur Aufhebung der Anordnung
über Allgemeine Geschäftsbedingungen
der Deutschen Notenbank**

vom 22. Januar 1968

Gemäß der im Gesetz vom 1. Dezember 1967 über die Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I S. 132) für diese Bank festgelegten neuen Aufgabenstellung wird auf Grund des § 4 Abs. 4 des Gesetzes folgendes angeordnet:

§ 1

Die Anordnung vom 9. September 1966 über Allgemeine Geschäftsbedingungen der Deutschen Notenbank (GBl. II S. 679) wird aufgehoben.

§ 2

Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 22. Januar 1968

**Der Präsident
der Staatsbank
der Deutschen Demokratischen Republik**

I. V.: Dietrich
Vizepräsident

**Anordnung Nr. 2-
über die Ersatzleistung für abgenutzte
oder beschädigte Geldzeichen**

— Änderungsanordnung —

vom 22. Januar 1968

Auf Grund des § 4 Abs. 4 des Gesetzes vom 1. Dezember 1967 über die Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I S. 132) wird folgendes angeordnet:

§ 1

Die Anordnung vom 1. März 1966 über die Ersatzleistung für abgenutzte oder beschädigte Geldzeichen (GBl. II S. 165) wird dahin geändert, daß die Ersatzleistung von der Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik vorgenommen wird.

§ 2

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1968 in Kraft.

Berlin, den 22. Januar 1968

**Der Präsident
der Staatsbank
der Deutschen Demokratischen Republik**

I. V.: Dietrich
Vizepräsident

• Anordnung (Nr. 1) vom 1. März 1966 (GBl. II Nr. 29 S. 165)